

**Niederschrift Nr. 7
über die öffentliche Sitzung der Stadtvertretung
am Montag, dem 23. März 2009
im Rathaus, Großer Bürgersaal**

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:52 Uhr

Öffentlicher Sitzungsteil:

Anwesend sind:

1. Frau Angelika Lange-Hitzbleck als Vorsitzende
2. Herr Uwe Bartscher
3. Frau Maria Busch-Laurinck
4. Herr Hans Cordts
5. Herr Carsten Delle
6. Herr Dr. Lothar Giessler
7. Herr Uwe Janz
8. Herr Wilhelm Kirschstein
9. Herr Peter Köhler
10. Herr Christian Meissner
11. Herr Bernd Petersen
12. Herr Herbert Pöpelt
13. Frau Kirsten Reese
14. Herr Dr. Norbert Scholtis
15. Herr Ingo Schwerdt
16. Frau Sabine Sindt
17. Herr Volker Sind
18. Herr Holger Staade
19. Herr Herbert Steenbock
20. Frau Monika Vogt
21. Herr Hans-Joachim Voigt
22. Frau Kirsten Wohler-Schmidt

Entschuldigt fehlt: Herr Gerd Dieckmann

Anwesend, aber nicht stimmberechtigt:

1. Frau Susanne Leyk (Bürgermeisterin)
2. Frau Petra Finkeldey
3. Herr Norbert Möller bis TOP 9
4. Herr Becker als Protokollführer

Öffentlichkeit: Anwesend sind rd. 12 Einwohnerinnen und Einwohner sowie als Pressevertreter Herr Christoph Kuhl

Frau BV Lange-Hitzbleck eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung fest.

Frau BV Lange-Hitzbleck stellt sodann folgende Anträge auf Änderung der mit Einladung vom 13.03.2009 übersandten Tagesordnung:

- a) Absetzung des TOP 8 „Nutzung der Wohnung im Feuerwehrgerätehaus Klausdorf durch die Ortswehren“

Nachdem sich Herr SV Bartscher gegen diese beantragte Veränderung der Tagesordnung ausgesprochen hat, entscheidet die Stadtvertretung über den Antrag mit folgendem Ergebnis:

17 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Antrag ist damit angenommen.

- b) Erweiterung der Tagesordnung um den TOP „Personalangelegenheiten“ als neuer TOP 11

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)

Auf Grund der beschlossenen Veränderungen stellt die Bürgervorsteherin sodann die Tagesordnung in der veränderten Fassung wie folgt zur Abstimmung:

Tagesordnung:

Öffentlicher Sitzungsteil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 26.02.2009
3. Mitteilungen und Anfragen
 - a) Mitteilungen der Bürgervorsteherin
 - b) Mitteilungen der Bürgermeisterin
 - c) Anfragen
4. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
5. Antrag der CDU-Fraktion;
hier: Umbesetzung von Ausschüssen
6. Konjunkturprogramm II;
 - a) Kleine Schwentinehalle
 - b) Weitere Maßnahmen
7. Beschlussfassung zur Jahresrechnung 2008
8. Erlass einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen
9. Termine

Nichtöffentlicher Sitzungsteil:

10. Abschluss eines Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 20 (Verbrauchermarkt Klingenbergstraße)
11. Personalangelegenheiten
12. Mitteilungen und Anfragen

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)

Die Tagesordnung ist damit in dieser Fassung angenommen.

Die Stadtvertretung bestätigt sodann mit 22 Ja-Stimmen, dass die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 12 im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu behandeln sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung überreicht Herr Stadtvertreter Pöpelt den aus dem Betrieb eines Standes auf dem Weihnachtsmarkt von allen örtlichen Parteien erzielten Erlös an Frau Ackermann als Vorsitzende des Vereines „Kleiner Lichtblick“.

Frau Ackermann bedankt sich für die Spende im Rahmen einer kleinen Ansprache namens des Vereines und der vom Verein unterstützten Kinder.

TOP 1: Einwohnerfragestunde

Aufstellung des B-Planes Nr. 1 a „Bauhaus – Klausdorfer Straße“

Herr Müller, Eichenweg, richtet an die Mitglieder der Stadtvertretung die Frage, welche Vorkehrungen ergriffen worden seien, um zu verhindern, dass sich aus privaten Aufgabenwahrnehmungen von Herrn Klaus Schade und seinen dienstlichen Aufgabenwahrnehmungen als Beauftragter der Stadt Schwentimental im Jahre 2008 keine Interessenkonflikte ergeben.

Die Frage wird von den Stadtvertretern Sindt, Cordts, Dr. Scholtis, Bartscher und Staade aus jeweils ihrer Sicht beantwortet. In den Antworten wird darauf hingewiesen, dass mögliche Interessenkollisionen teilweise nicht bekannt gewesen seien bzw. seien. Weiterhin wird angemerkt, dass Mitwirkungsverbote bei Interessenkollisionen des Beauftragten zur Konsequenz hätten, dass Aufgabenwahrnehmungen in die Hand des stellvertretenden Beauftragten übergingen. Insoweit handele es sich um eine gesetzlich geregelte Vorkehrung, die keiner weiteren Ergänzungen bedürfe. Weiterhin wird zu bedenken gegeben, dass die angefragten Vorkehrungen schon deshalb entbehrlich gewesen seien, weil die Kommunalaufsichtsbehörde Plön zuständigkeitshalber dazu berufen sei, über das rechtmäßige Verwaltungshandeln der Stadt und ihrer Organe zu wachen. Schließlich wird ausgeführt, dass die an den Landrat gerichtete Empfehlung, Herrn Schade zum Beauftragten zu bestellen, seinerzeit nicht einstimmig beschlossen worden sei.

Herr Müller bittet im Rahmen einer Zusatzfrage um Auskunft, ob beabsichtigt sei, beispielsweise eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um auf diese Weise aufzuarbeiten, ob es bei der Aufstellung des B-Planes Nr. 1 a während der Beauftragtenzeit zu Rechtsverstößen wegen Verletzung von Befangenheitsvorschriften gekommen sei. Dies dränge sich auch deshalb auf, um Interessenkollisionen in der Zukunft vorzubeugen.

Die Frage wird von den Stadtvertretern Sindt, Bartscher und Dr. Scholtis beantwortet. Im Wesentlichen wird in den Antworten darauf hingewiesen, dass sich die Stadt dem Vorwurf mangelnder Unabhängigkeit aussetze, wenn sie selbst das Verwaltungshandeln ihrer Organe in bereits abgeschlossenen Verwaltungsvorgängen beurteile. Auf eine entsprechende Handhabung sei auch

niemand angewiesen, da anderweitige und unabhängige Rechtsschutzmöglichkeiten gesetzlich geregelt seien. Um auf in der Zukunft liegende Befangenheitsprobleme angemessen reagieren zu können, bedürfe es nicht der Empfehlungen einer Arbeitsgruppe. Befangenheiten von Mitgliedern der städtischen Organe ergeben sich naturgemäß gelegentlich, die dann nach den allseits bekannten gesetzlichen Vorgaben so abgearbeitet würden, dass mögliche persönliche Vor- oder Nachteile sich nicht bestimmend auf das Verwaltungshandeln der Stadt auswirkten.

Frau Barbara Hlubek, Eichenweg 13, bittet um Auskunft, ob im Zusammenhang mit der gemäß B-Plan Nr. 1a herzustellenden Feuerwehrezufahrt die Einrichtung einer Halteverbotsregelung in der Birkenstraße beabsichtigt sei.

Frau Bürgermeisterin Leyk stellt in ihrer Antwort dar, dass die Angelegenheit zunächst geprüft werden müsste und danach Stellung genommen werde.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließt Frau BV Lange-Hitzbleck die Einwohnerfragestunde.

TOP 2: Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 26.02.2009

Herr Stadtvertreter Staade bittet im Sinne einer Klarstellung, der Wiedergabe seines Wortbeitrages in der Einwohnerfragestunde am 26.02.2009 zu Protokoll der heutigen Sitzung zu nehmen, dass keine Gründe bestünden, die ihm Anlass gegeben hätten, seine ablehnende Haltung zum „Bauprojekt Bauhaus“ ganz oder teilweise zu revidieren.

Im Rahmen einer kurzer Aussprache mit teilweise kritischen Würdigungen nehmen die Mitglieder der Stadtvertretung von der Niederschrift über die Sitzung am 26.02.2009 Kenntnis. Anträge auf Änderung der Niederschrift werden nicht gestellt.

TOP 3: Mitteilungen und Anfragen

a) Mitteilungen der Bürgervorsteherin

Frau BV Lange-Hitzbleck teilt mit, dass sie an folgenden Veranstaltungen als Vertreterin der Stadt teilgenommen habe:

28.02.2009 Konzert zum 1. Geburtstag der Stadt
03.03.2009 Seniorenbeirat im Bürgersaal
06.03.2009 Jahreshauptversammlung der Gilde
07.03.2009 Jahreshauptversammlung der AWO Klausdorf
12.03.2009 Jahreshauptversammlung TSV Klausdorf
13.03.2009 Jahreshauptversammlung Raisdorfer TSV
13.03.2009 1. Spatenstich Neubau „Bauhaus Klausdorfer Straße“

Herr 1. stv. Bürgervorsteher Cordts teilt mit, dass er für die Stadt folgende Termine wahrgenommen habe:

06.03.2009 Jahreshauptversammlung Gilde
12.03.2009 Jahreshauptversammlung TSV Klausdorf
13.03.2009 Jahreshauptversammlung Raisdorfer TSV

13.03.2009 1. Spatenstich „Bauhaus, Klausdorfer Straße“
20.03.2009 Jahreshauptversammlung Marinekameradschaft

b) Mitteilungen der Bürgermeisterin

Mietstufenänderung nach dem Wohngeldgesetz

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass die Stadt Schwentimental von der Mietstufe 4 in die Mietstufe 3 nach dem Wohngeldgesetz herabgruppiert worden sei. Dies habe zum Hintergrund, dass nach einer Stichtagsregelung die Einwohnerzahlen des Jahres 2007 vor der Fusion und nicht die Einwohnerzahl nach der Fusion für die Eingruppierung als maßgeblich angesehen werde. Interventionen gegen diese Entscheidung bei Landes- und Bundesministerien blieben ohne Erfolg. Zwar habe die mit einer Anpassung der Höchstbeträge verbundene Mietstufenzuordnung bei allen Wohngeldempfängern zu einer Erhöhung der Leistungen geführt. Die nach der tatsächlichen Einwohnerzahl nochmals höhere Leistungsbewilligung könne allerdings erst im Zusammenhang mit der nächsten Mietstufenänderung zum Tragen kommen.

Abwanderung niedergelassener Ärzte

Frau Bgm. Leyk teilt mit, dass die Gesundheitsreform vermutlich auch die Stadt Schwentimental betreffen werde. Mehrere niedergelassene Ärzte im Stadtgebiet erwägen auf Grund der drastisch sinkenden Vergütungen ab Sommer 2009 ihre Praxen zu schließen. Die Angelegenheit werde weiter zu beobachten sein.

Wildpark

Frau Bgm. Leyk verliest ein Schreiben einer Preetzer Bürgerin, die sich für den gepflegten und abwechslungsreichen Wildpark einschließlich des großzügigen Spielplatzes bei allen Beteiligten und Verantwortlichen herzlich bedankt.

c) Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4: Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Finkeldey stellt in einem ausführlichen Bericht insbesondere ihre im Jahr 2008 als Gleichstellungsbeauftragte wahrgenommenen umfangreichen Aufgaben dar und gibt einen Ausblick auf die von ihr im Jahre 2009 beabsichtigten Aktivitäten. Weiterhin unterstreicht sie die Erforderlichkeit und die positiven Wirkungen der in beiden Ortsteilen unter hauptamtlicher Leitung durchgeführten Mädchenarbeit.

Auf Nachfrage aus der Mitte der Stadtvertretung bestätigt Frau Finkeldey, dass sie im Rahmen ihrer Beratung und Hilfe gelegentlich auch eine Kontaktaufnahme zum Frauenhaus Preetz vermittele, mit dem auch außerhalb konkreter Unterbringungsfälle eine reibungslose und vertrauensvolle Zusammenarbeit bestehe.

Frau BV Lange-Hitzbleck dankt Frau Finkeldey für die als Gleichstellungsbeauftragte engagiert geleistete Arbeit im Namen der Stadtvertretung und wünscht ihr für ihr weiteres Wirken anhaltenden Erfolg.

**TOP 5: Antrag der CDU-Fraktion;
hier: Umbesetzung von Ausschüssen**

Herr Dr. Scholtis bringt namens der CDU-Fraktion folgenden Antrag ein:

1. Herr Bernhard Schell scheidet als bürgerliches Mitglied aus dem Kleingartenausschuss aus, für ihn wird Herr Hans-Jürgen Biastoch als neues bürgerliches Mitglied in den Kleingartenausschuss gewählt.
2. Herr Bernhard Schell wird als neues bürgerliches Mitglied in den Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften gewählt.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)

**TOP 6: Konjunkturprogramm II;
a) Kleine Schwentinehalle
b) Weitere Maßnahmen**

Frau Bgm. Leyk geht mit einem Sachstandsbericht zunächst auf die Thematik „Bauprogramm zur Sanierung der kleinen Schwentinehalle“ ein. Im Wesentlichen stellt sie im Anschluss an die Beschlussvorlage Nr. 62/2009 dar, dass es ihr darum gegangen sei, die Sanierung der kleinen Schwentinehalle mit Nutzungsverbesserungen zu verbinden. Konkret habe sie angestrebt, die nutzbare Hallenfläche dadurch zu vergrößern, dass Tische und Stühle nicht mehr in der Halle selbst, sondern in einem als Anbau neu zu errichtenden Geräteraum gelagert werden könnten. Zur Finanzierung der Baukosten seien Zuweisungen aus dem Konjunkturprogramm II vorgesehen gewesen. Diesem Vorschlag seien zwei bereits beteiligte Fachausschüsse beigetreten. Sodann habe sich jedoch ergeben, dass der Geräteraumanbau nach dem zwischenzeitlich vorliegenden Richtlinienentwürfen nicht die Förderungsvoraussetzungen erfüllen werde. Daraufhin sei eine Beratung in den weiter zu beteiligenden Ausschüssen ausgesetzt worden. Demgemäß könne heute kein Sachbeschluss gefasst werden. Möglich sei jedoch, dass die Stadtvertretung heute die Entscheidung über das Bauprogramm auf den Ausschuss für Bauwesen und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen mit der Maßgabe delegiere, dass beide Ausschüsse einheitlich votierten und die bereits gefassten Beschlüsse der Fachausschüsse bei ihrer Willensbildung beachteten.

Der Vorschlag der Bürgermeisterin zur weiteren Vorgehensweise ist in der anschließenden Aussprache Gegenstand einer kontroversen Erörterung.

Dabei wird die Auffassung vertreten, dass im Falle einer Aufgabendelegation die Berücksichtigung der bereits gefassten Ausschussbeschlüsse zu unbestimmt sei.

Nach anderer Auffassung sei die Basis für die bereits gefassten Beschlüsse teilweise entfallen. Wenn die Finanzierung des Geräteraumanbaues als Teil einer

Gesamtlösung wegbreche, stelle sich die Frage der Sinnhaftigkeit auch der anderen vorgesehenen oder auch nicht vorgesehenen Elemente des Bauprogrammes neu. Genauer zu klären seien noch zahlreiche Vorfragen zu künftigen Nutzungsabsichten im Detail, auf die durch entsprechende Inhalte des Bauprogrammes ggf. reagiert werden müsste. Sei dies wegen bereits gefasster Fachausschussbeschlüsse nicht möglich, könne die Entscheidung über das Bauprogramm heute nicht delegiert werden, sondern müsse mit der Ausschussberatung nochmal von Anfang an neu begonnen werden und letztlich die Stadtvertretung am Ende entscheiden.

Nach noch anderer Auffassung ergäben sich bei nochmals umfassender Willensbildung vermeidbare Verzögerungen. Hierzu müsse es deshalb nicht kommen, weil sich der Geräteraumanbau von der übrigen Hallensanierung abtrennen lasse. Zumindest die Entscheidung über das Bauprogramm für diesen Teil der Sanierung lasse sich heute delegieren.

Die unterschiedlichen Auffassungen können im Verlauf der Aussprache nur teilweise überbrückt werden. Vor diesem Hintergrund stellt Herr Dr. Scholtis den Antrag, die Angelegenheit zur erneuten Beratung an die Ausschüsse zurück zu verweisen.

Angesichts aus der Aussprache deutlich gewordener weitere Prüfungserfordernisse unterstützt Frau Bgm. Leyk diesen Antrag.

Nach Abschluss der Aussprache stellt die Bürgervorsteherin den von Herrn Dr. Scholtis eingebrachten Antrag mit folgendem Ergebnis zur **Abstimmung**:

16 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Der Antrag ist damit angenommen.

Sodann wendet sich die Aussprache der zur Förderung aus dem Konjunkturprogramm II anzumeldenden Maßnahmen zu,

Frau Bgm. Leyk erläutert zu diesem TOP einerseits die durch die Fachausschussberatungen bisher ausgewählten Maßnahmen und andererseits den Stand der Beratungen auf Landes- und Kreisebene über die Verabschiedung der Förderrichtlinien und die vorgesehene Mittelverteilung. Da der vorliegende Richtlinienentwurf noch in vielen Punkten heftig umstritten sei, lasse sich noch immer nicht erkennen, welche Maßnahmen die Förderungsvoraussetzungen voraussichtlich erfüllen werden. Vermutlich schaffe erst die vom Land für den 30.03.2009 angekündigte Entscheidung über die Richtlinien Klarheit. Dennoch habe der Kreis Plön als Fristablauf für die Einreichung von Zuschussanträgen den 31.03.2009 festgelegt. Die Terminlage lege es einerseits nahe, sich in der Beschlussfassung heute auf die Maßnahmen zu beschränken, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die Förderungsvoraussetzungen erfüllen werden. Andererseits müsse Flexibilität erhalten bleiben. Sollte sich die Notwendigkeit für ein Abweichen von einem heute zu fassenden Beschluss ergeben, werde sie vor einer Entscheidung in jedem Fall die Fraktionsvorsitzenden vorher zuziehen und beteiligen. Hinsichtlich der Förderfähigkeit der Projekte „Kindergarten“ und „Tennishalle“ sei die Sachlage so unklar, dass sich diese Projekte noch nicht in eine Beschlussfassung einbeziehen ließen. Die Bürgermeisterin bringt in Anwendung der vorgestellten Überlegungen auf die bestehende Situation folgenden **Beschlussvorschlag** ein:

1. Die Bürgermeisterin wird gebeten, folgende Maßnahmen als Bildungsinvestitionen zur Förderung aus dem Konjunkturprogramm II anzumelden (die Reihenfolge stellt eine Prioritätenfestlegung dar):
 - Errichtung von 6 dem energetischen Stand der Technik entsprechenden Klassenräumen als Ersatz für bisher in Containern untergebrachte Schulklassen auf dem Grundstück des Schulzentrums Raisdorf,
 - energetische Sanierung der Fassaden des Turmes und des Mitteltraktes der Astrid-Lindgren-Schule Klausdorf als zwei Maßnahmen
2. Falls die genannten Maßnahmen nicht die Förderungsvoraussetzungen erfüllen oder nur geringe Förderungsaussichten bestehen sollten, wird die Bürgermeisterin bevollmächtigt, einen von Ziffer 1. abweichenden Förderungsantrag zu stellen.

Über den Beschlussvorschlag wird nach kurzer Aussprache wie folgt **abgestimmt**:

22 Ja-Stimmen (einstimmig)

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 7: Beschlussfassung zur Jahresrechnung 2008

Herr Dr. Scholtis erläutert in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen das Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung 2008 und das Ergebnis eingehend.

Frau Stadtvertreterin Vogt und Herr Stadtvertreter Kirschstein erklären, dass sie sich als Stellvertretende der Bürgermeisterin nicht an der Abstimmung beteiligen werden.

Die Stadtvertretung fasst sodann folgenden

Beschluss:

Die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Schwentimental für das Jahr 2008 durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen hat zu folgendem Ergebnis geführt:

- a) Der Haushaltsplan wurde eingehalten,
- b) die Rechnungsbelege wurden vorschriftsmäßig begründet und belegt,
- c) bei den Einnahmen und Ausgaben wurde gemäß den Rechnungsvorschriften verfahren,
- d) die Vermögensrechnung ist ordnungsgemäß.

Der Stadtvertretung wird daher empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2008 (Anlage 1) wird gemäß § 94 Abs. 3 GO festgestellt.

2. Die im Jahresabschluss 2008 ausgewiesenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 466.054,63 € sowie des Vermögenshaushaltes in Höhe von 46.073,25 € werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 8: Erlass einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen

Nach kurzer Einführung durch die Bürgervorsteherin fasst die Stadtvertretung ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

Dem Entwurf der Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen (Anlage 2) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 9: Termine

Die Bürgermeisterin weist auf folgende Termine hin:

27.03.2009	19.00 Uhr, Jahreshauptversammlung Feuerwehr Schwentinental
29.03.2009	10.00 Uhr, Verabschiedung Pastor Schroedter
02.04.2009	19.00 Uhr, gemeinsame Sitzung Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales und Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften
09.04.2009	17.00 - 18.00 Uhr, Seniorenbeirat Sprechstunde, Bürgerhaus
11.04.2009	Feuerwehr Klausdorf, Osterfeuer am Dorfplatz Fußballförderverein, Osterfeuer am Klinkenberg
22.04.2009	19.00 Uhr, Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen.
23.04.2009	19.00 Uhr. Ausschuss für Bauwesen
23.04.2009	17.00 - 18.00 Uhr, Seniorenbeirat Sprechstunde, Rathaus

27.04.2009	19.00 Uhr, Ausschuss für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit
28.04.2009	19.00 Uhr, Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften
04.05.2009	Kleingartenausschuss
05.05.2009	VHS-Beirat
05.05.2009	15.00 Uhr, Sitzung Seniorenbeirat
07.05.2009	19.00 Uhr, Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales
11.05.2009	19.00 Uhr, Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen
14.05.2009	19.00 Uhr, Hauptausschuss
14.05.2009	17.00 - 18.00 Uhr, Seniorenbeirat Sprechstunde, Bürgerhaus
18.05.2009	19.00 Uhr, Stadtvertretung

Sodann schließt Frau BV Lange-Hitzbleck den öffentlichen Teil der Stadtvertreterversammlung um 20:11 Uhr.

.....
 Angelika Lange-Hitzbleck
 Vorsitzende

.....
 Jens Becker
 Protokollführer